

ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE-RL) vom 27.04.2024



LAND BRANDENBURG

Zuständige Bewilligungsstelle

Landesamt für ländliche Entwicklung,
Landwirtschaft und Flurneuordnung

Regionalstelle

Eingangsstempel

Aktenzeichen (wenn bekannt)

Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder ankreuzen!

1.1 Stammdaten (Allgemeine Angaben)

BNR-ZD (Nummer des Betriebsinhabers auf der Zentralen Datenbank)

Zuständiges Finanzamt für die Einkommen- bzw. Körperschaftsteueranmeldung bzw. die Erteilung der Nichtveranlagungsbescheinigung

Antragsteller/in Name (ggf. Titel), Vorname; ggf. Unternehmensbezeichnung

Geschlecht

männlich

weiblich

keine Angabe bzw. keine natürliche Einzelperson

ggf. noch Unternehmensbezeichnung

Geburtsdatum oder Gründungsdatum

Geburtsname (nur bei natürlichen Personen)

Geburtsort oder Gründungsort

Verantwortliche/r Leiter/in, wenn von obigen Angaben abweichend (Vollmacht ist beizufügen; sie soll nicht älter als 3 Monate sein)

1.2 Anschriften des Antragstellers

Postanschrift

Unternehmenssitz (falls abweichend)

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Straße und Hausnummer

Postleitzahl Ort

Postleitzahl Ort

Ortsteil

Ortsteil

Telefon-Nr. (mit Vorwahl) ggf. Mobil-Telefon-Nr.

Fax-Nr. (mit Vorwahl)

ggf. E-Mail-Adresse

1.3 Bankverbindung

Land Prüfziffer Bankleitzahl Kontonummer weitere Zeichen für Bankverbindungen außerhalb Deutschlands

BIC (Bank Identifier Code) Name der Bank

Name des/der Kontoinhaber/s/in

1.4 Angaben zur Rechts- und Betriebsform

Es ist genau eine Rechtsform und eine Betriebsform auszuwählen.

Rechtsform	Betriebsform
01. Einzelunternehmen im Haupterwerb Landwirtschaft	01. Marktfruchtunternehmen (pflanzlich)
02. Einzelunternehmen im Nebenerwerb Landwirtschaft	02. Futterbauunternehmen
03. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	03. Veredlungsunternehmen (Tiere)
04. Kommanditgesellschaft	04. Dauerkulturunternehmen
05. Offene Handelsgesellschaft	05. Gemischtunternehmen (pflanzlich/tierisch)
06. Eingetragene Genossenschaft	06. Gemüsebauunternehmen
07. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	07. Zierpflanzenunternehmen
08. GmbH & Co. KG	08. Baumschule
09. Aktiengesellschaft	09. Gartenbauliches Gemischtunternehmen
10. Körperschaft des öffentlichen Rechts	10. Forstwirtschaftliches Unternehmen
11. Sonstige juristische Personen	11. Land-/Forstwirtschaftliches Lohnunternehmen
12. Kirchen/religiöse Einrichtung	12. Schäfer/in
13. Sonstige natürliche Person	13. Weinbaubetrieb
14. Öffentlich-rechtliche Stiftung	14. Geflügelhaltungsbetrieb
15. natürliche Privatperson ohne landwirtschaftlichen Erwerb	15. Fischerei
16. Eingetragener Verein	16. Andere Landbewirtschaftler
17. Nichtrechtsfähiger Verein	17. Sonstige
18. Privatrechtliche Stiftung	18. Ökologische Bewirtschaftung
19. Anstalt des öffentlichen Rechts	
20. Kirchen des öffentlichen Rechts	
21. Eheleute	
22. Eheähnliche Gemeinschaft	
23. Unternehmensgesellschaft (haftungsbeschränkt)	
24. UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	

1.5 Ggf. Vertretungsbefugte(r) des Antragstellers [z. B. Bevollmächtigte/r und Insolvenzverwalter/in]

Achtung: Eine Eintragung an dieser Stelle bewirkt, dass jeglicher Schriftverkehr zu Ihren Anträgen ausschließlich über diesen Vertretungsbefugten geführt wird. (Vollmacht ist beizufügen!)

Name, Vorname: ggf. Unternehmensbezeichnung

ggf. noch Unternehmensbezeichnung

Postanschrift

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Postleitzahl Ort

Ortsteil

Kommunikationsverbindungen

Telefon (mit Vorwahl)

Fax (mit Vorwahl)

ggf. Mobil-Telefon

ggf. E-Mail-Adresse

1.6 Verzeichnis der GbR Gesellschafter

Lfd. Nr.	Name	Vorname	geb. am	Straße/Hausnummer	PLZ	Ort	Anteil in %	ggf. BNR-ZD des beteiligten Gesellschafters
	1	2	3	4	5	6	7	8
1								
2								
3								
4								
5								
6								
7								
8								
9								

Lfd. Nr.	Befugnis zur Geschäftsführung laut Vertrag <i>[nur für GbR]</i>		Bestätigung der Befugnis zur Geschäftsführung <i>[nur für GbR]</i>	
	Name	Unterschrift	Name	Unterschrift
	11	12	13	14
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				

1.7 Antrag auf vorzeitigen Vorhabenbeginn

Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde¹.

1.8 Allgemeine Angaben zum Antragstellenden

Nur auszufüllen bei Anträgen nach Nummern A.1.1. sowie E.1.1.4 und E.1.1.6 bis E.1.2.3 der ILE-Richtlinie.

Erklärung zur KMU-Eigenschaft²

Das Formular „Erklärung KMU“ ist jedem Antrag beizufügen.

Der Antragsteller erklärt, dass er die nachfolgend aufgeführten Voraussetzungen für kleine und mittlere Unternehmen erfüllt:

Der/Die Antragsteller(in) ist ein eigenständiges Unternehmen und hat

weniger als 250 Mitarbeitende und

einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro und / oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro.

Hinweis:

Teilnehmergeinschaften (2. Teil, 2. Abschnitt FlurbG) sowie Verbände von Teilnehmergeinschaften (2. Teil, 3. Abschnitt FlurbG) sind als eigenständige Unternehmen im Sinne des Anhanges I der Verordnung (EU) 2022/2472 (AgrarGVO) einzustufen (vgl. Merkblatt „Hinweise und Begriffsbestimmungen“).

ja

nein

Es wird darauf hingewiesen, dass die Angaben zum Umfang der Zuwendung nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2471 in der jeweils geltenden Fassung auf einer nationalen oder regionalen zentralen Beihilfen-Website veröffentlicht werden, soweit die Veröffentlichungsschwellen (ab 10.000 EUR bzw. ab 100.000 EUR) überschritten werden.

Nur auszufüllen bei Anträgen nach Nummern E.1.1.4 und E.1.1.6 bis E.1.2.3 der ILE-Richtlinie.

Unternehmen in Schwierigkeiten³

Das im EU-Beihilferecht grundsätzlich geltende Verbot der Beihilfengewährung an Unternehmen in Schwierigkeiten⁴ muss im Rahmen der Förderpraxis Beachtung finden. Es gilt der Grundsatz, dass Unternehmen in Schwierigkeiten wegen des EU-Beihilferechts keine staatlichen Beihilfen erhalten dürfen. Bei dem Antragsteller handelt es sich um ein „Unternehmen in Schwierigkeiten“.

ja

nein

Rückforderungsanordnung der EU-Kommission

Der Antragsteller bestätigt, dass er keiner Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der EU-Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und Ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt Folge zu leisten hat.

ja

nein

¹ Der Vorhabenbeginn wird für Vorhaben nach Nummer 2.1 bis Nummer 2.4 mit dem Tag der Veröffentlichung der zur Förderung ausgewählten Projekte auf der Internetseite des LELF, für Vorhaben nach Nummer 2.5 mit dem Tag der Einreichung eines formgebundenen Förderantrages bei der Bewilligungsbehörde zugelassen.

² Siehe Informationen im Merkblatt „Hinweise und Begriffsbestimmungen“

³ Siehe Informationen im Merkblatt „Hinweise und Begriffsbestimmungen“

⁴ Nach Artikel 2 Nr. 14 der Verordnung (EU) Nr. 2022/2472 der Kommission vom 14.12.2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, sog. Agrar-Gruppenfreistellungsverordnung (Amtsblatt der EU Nr. L 327/1 vom 21.12.2022, S. 1).

2. Beschreibung des beabsichtigten Vorhabens

2.1 Kurzbezeichnung des Vorhabens

2.2 Art des Vorhabens / Richtliniennummer

A.1.1 Vorhaben von Kleinunternehmen der Grundversorgung

Hauptwirtschaftszweig: Handel Handwerk Sonstiges

B.1.1 Vorhaben zur Schaffung von Einrichtungen für Basisdienstleistungen

C.1.1 Vorhaben zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur außerhalb des Siedlungsbereichs

D.1 Vorhaben der Dorfentwicklung (bitte Teilbereiche ankreuzen)

- D.1.1 Gestaltung von Plätzen, Straßen, Wegen, Freiflächen, Ortsrändern
- D.1.2 Schaffung, Ausbau, Erhalt dorfgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen
- D.1.3 Erhalt, Gestaltung ortsbildprägender Gebäude/Ensembles
- D.1.4 Schaffung, Ausbau, Erhalt Freizeit- und Naherholungseinrichtungen
- D.1.5 Umnutzung Bausubstanz von land-/forstwirtschaftlichen Unternehmen
- D.1.6 Abriss/Teilabriss im Innenbereich des Ortes

E.1.1 Gemeinschaftliche Angelegenheiten

Nähere Bezeichnung/Nr.

E.1.2 freiwilliger Landtausch

Nähere Bezeichnung/Nr.

Weitere Erläuterungen zur Richtliniennummer

2.3 Standort des Vorhabens

PLZ/Gemeinde/Ortsteil

Flur/Flurstück

2.4 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Beginn:

Beendigung:

3. Gesamtkosten

	Nettoausgaben in EUR	MwSt.	Bruttoausgaben in EUR
lt. Finanzierungsplan			
Beantragte Zuwendung			
Beantragte Zuwendung in von Hundert der Gesamtkosten			

4. Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	202	202	202
Fördergegenstand	in EUR		
Gesamtkosten <ul style="list-style-type: none"> • brutto • netto 			
Eigenanteil <ul style="list-style-type: none"> • davon Eigenmittel (bar) • davon Eigenleistungen (unbar) • davon Kredite 			
Leistungen Dritter			
Beantragte Zuwendung			

5. Begründung der Notwendigkeit

5.1 des Vorhabens

(Ziel, Zusammenhang mit anderen Vorhaben bzw. mit Vorhaben desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen / Beschreibung der Situation, die ohne Förderung bestehen würde)

5.2 der Förderung und Finanzierung

(Förderhöhe, Landesinteresse am Vorhaben, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

5.3 Finanzwirtschaftliche Auswirkungen

(Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller (ob und wie gesichert, wer Folgekosten trägt), Finanzlage des Antragstellers, ggf. Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens, Nutzungsfähigkeit des Objektes nach Fertigstellung bei Bauvorhaben)

5.4 Berücksichtigung der Barrierefreiheit (siehe Nr. 6.1 der Richtlinie)

Wurde die Barrierefreiheit berücksichtigt?

ja (Erläuterung)

nein (bitte begründen;

bei Investitionen, die öffentlich zugängliche bauliche Anlagen betreffen, ist eine Stellungnahme des Behindertenbeauftragten des zuständigen Landkreises erforderlich, sofern keine Baugenehmigung vorliegt.)

5.5 Mit der Förderung beabsichtigte Ziele (Indikatoren)

(mehrere Nennungen möglich)

Nr.	Rili-Pkt.	Bezeichnung	Menge/Mengeneinheit
1.	Kleinstunternehmen der Grundversorgung/Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen		
	Teil II A / Teil II B	Geplante neu zu schaffende Arbeitsplätze (Vollzeitäquivalente) <i>davon geplante neue Frauenarbeitsplätze</i>	Anzahl Anzahl
		zu erhaltende Arbeitsplätze (Vollzeitäquivalente) <i>davon zu erhaltende Frauenarbeitsplätze</i>	Anzahl Anzahl
	2. Verbesserung der ländlichen Infrastruktur außerhalb des Siedlungsbereichs		
Teil II C	<u>Länge der Wege</u>		km
	Radweg (außerorts)		km
	Wanderweg (außerorts), Reitweg (außerorts)		km
	Sonstiger Verbindungsweg		km
	Multifunktionsweg		km
3. Dorfentwicklung			
Teil II D	Anzahl der um-und/oder ausgebauten Gebäude/Ensembles		Anzahl
	Bau/Ausbau einer innerörtlichen Straße bzw. eines Gehweges		km
4. Neuordnung ländlichen Grundbesitzes			
Teil II E	Ländliche Wege beseitigt (rekultiviert), Ländliche Wege entsiegelt Ländliche Wege auf alter Trasse grundhaft erneuerte Wege		km km km
	<u>Ländliche Wege/Infrastruktur neu angelegt</u> befestigt <i>davon Multifunktionsweg</i>		km km
	unbefestigt <i>davon Multifunktionsweg</i>		km km
	Lineare Pflanzungen (<i>Windschutzstreifen, Baumreihen, Eingrünungen, Begleitpflanzungen an Wegen und Gewässern u. ä.</i>) beseitigt		km
	Lineare Pflanzungen (<i>Windschutzstreifen, Baumreihen, Eingrünungen, Begleitpflanzungen an Wegen und Gewässern u. ä.</i>) neu angelegt		km
	Fläche der Vorhaben zur Wasserrückhaltung/Uferschutz		m ²
	Fläche der Vorhaben zur Biotop-/Insektenschutzflächen		m ²
	Verfahren nach § 103 FlurbG, 54 LwAnpG		Anzahl
	• Tauschpartner		Anzahl
	• Getauschte Besitzstücke		m ²

6. Mindestanforderungen bei Antragstellung (siehe Nr. 7.1 der Richtlinie)

Nachweis der Gesamtkosten

- Aufschlüsselung der baulichen Investitionen nach DIN 276 und Erläuterung (Aufgliederung bis zur 3. Ebene inkl. Menge und Einzelpreise) und/oder Wohn- und Nutzflächenberechnung nach DIN 283 oder sonstiger Nachweis durch z.B. durch Vorlage von vergleichbaren Angeboten/Preisvergleichen, Angebotsübersicht oder Erfahrungen aufgrund vergleichbarer Vorhaben
- Hinweise:
 - die Grundlagen der Kostenkalkulation dürfen nicht älter als 6 Monate sein
 - im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren ist bei Leistungen, die der Gebührenordnung unterliegen und/oder als Inhouse-Vergaben zählen, der Nachweis der kalkulierten Ausgaben auf der Grundlage der entsprechenden Gebührenordnung bzw. der seitens des MLUK festgelegten Vergütungssätze zu erbringen

Nachweis der gesicherten Gesamtfinanzierung

- Auszug aus bestätigten Haushaltsplan
- Stellungnahme und Zustimmung der Kommunalaufsicht, wenn zum Zeitpunkt der Antragstellung kein bestätigter Haushaltsplan vorliegt
- Kontoauszug des/der Antragstellers/Antragstellerin oder Bestätigung der Hausbank oder Kreditvertrag/Kreditvorvertrag

Nachweis zu den Angaben zur Rechts- und Betriebsform

- Registerauszug, Statut, Satzung
- Handelsregisterauszug, Gesellschaftervertrag, GbR-Vertrag, Gewerbeanmeldung

Stellungnahme der LAG bei Vorhaben nach Nr. 2.1 – 2.4

Nachweise bei Bauvorhaben

- Bau- und/oder Raumprogramm und Erläuterungsbericht mit Beschreibung des Bauvorhabens und Ausführungsart (einschl. Fotos) und vollständige Entwurfszeichnungen
- Nutzungskonzept
- Auszug aus Flurkarte, Lageplan und Bauzeitplan
- Baugenehmigung bei Um- und Ausbau, Erweiterungs- oder Neubauvorhaben oder Umnutzungsgenehmigung (wenn nichtzutreffend: Aussage, dass keine Genehmigung erforderlich ist)

Eigentumsnachweis bei Vorhaben nach Nr. 2.1 – 2.4

- Grundbuchauszug, Erbbaurechtsvertrag) bzw.
- Nachweis des uneingeschränkten Nutzungsrechtes/ Verfügungsrechts (Verträge)

Nachweis bei Flurbereinigungsvorhaben

- Anordnungsbeschluss mit Änderungsbeschlüssen (nur bei erstmaliger Antragstellung)
- bei feststellungsfähigen Vorhaben Nachweis der Genehmigung oder Feststellung des Plans nach § 41 FlurbG. bzw. von erforderlichen behördlichen Genehmigungen (sofern kein Plan nach § 41 FlurbG. aufgestellt wurde)

bei Einsatz eines Bevollmächtigten

- Vollmacht, sofern die Beantragung durch den/die Vertretungsberechtigten erfolgt

Notwendige Genehmigungen (z.B. Baugenehmigung, Gestattungsverträge)

7. Ergänzende Unterlagen

Wenn zutreffend:

Erklärung zu De-minimis Beihilfen

Sonstiges:

8. Allgemeines

Bitte teilen Sie nach Antragseinreichung jede Abweichung von den Antragsangaben sowie jede andere zuwendungsrelevante Änderung der Rechts- oder Betriebsform und Betriebsverhältnisse (insbesondere bei Betriebsübergabe/-übernahme oder Änderung von Gesellschaftsverhältnissen) sofort schriftlich der zuständigen Bewilligungsbehörde mit.

Das MLUK weist darauf hin, dass Zuwendungen nach § 44 Landeshauhaltsordnung (LHO) nur solchen Empfängern bewilligt werden dürfen, bei denen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert erscheint und die in der Lage sind, die Verwendung der Mittel bestimmungsgemäß nachzuweisen. Die Bewilligungsbehörde darf im Rahmen ihres Ermessens daher eine Förderung verweigern, wenn gegen den Antragsteller ein Verfahren nach der Insolvenzordnung beantragt oder eröffnet wird. Bewilligungsbescheide, die bereits erlassen sind, aber noch nicht zur Auszahlung gebracht werden, sind in diesen Fällen zu widerrufen (siehe ANBest zu § 44 LHO).

8.1 Allgemeine Erklärungen des/der Antragstellers/Antragstellerin

Diese Erklärungen gelten für den gestellten Antrag und die beigelegten Anlagen.

Mir/Uns ist bekannt, dass alle Angaben in diesem Antrag und in den mit diesem Antrag eingereichten Unterlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) und § 1 des Brandenburgischen Subventionsgesetzes sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- ich/wir nach § 3 Absatz 1 Subventionsgesetz verpflichtet bin/sind, auch in Fällen höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände der zuständigen Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen schriftlich mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Zuwendung, die Bewilligung, die Gewährung, die Weitergewährung, die Inanspruchnahme oder das Belassen der Zuwendung haben oder ihr entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind,
- jede Landesstelle verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, den Strafverfolgungsbehörden, und Tatsachen, die auf eine Steuerstraftat schließen lassen, den Finanzbehörden mitzuteilen,
- ich/wir im Falle höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände innerhalb von fünfzehn Arbeitstagen ab dem Zeitpunkt, ab dem ich/wir hierzu in der Lage bin/sind, dies der zuständigen Bewilligungsbehörde schriftlich melden und entsprechende Nachweise vorlegen muss/müssen.
- mir/uns keine Zahlungen zustehen, wenn ich/wir die für den Erhalt solcher Zahlungen erforderlichen Voraussetzungen künstlich geschaffen habe/haben, um einen den Zielen der betreffenden Förderregelung zuwiderlaufenden Vorteil zu erwirken
- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann,
- von der zuständigen Bewilligungsbehörde alle Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Bewilligung der Zuwendung erforderlich sind, auch rückwirkend angefordert werden können,

Mir/Uns ist auch bekannt, dass

- die zuständige Bewilligungsbehörde entsprechend den Beihilfavorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann,
- den Prüforgane des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer Befugnisse das Betreten der Geschäfts-, Betriebs- und Lagerräume sowie das Betreten und Befahren der Betriebsflächen zu gestatten ist. Darüber hinaus sind den genannten Behörden und Institutionen auf Verlangen die in Betracht kommenden Bücher, Aufzeichnungen, Belege, Schriftstücke, Datenträger, Karten und sonstige Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung zu stellen, Auskunft zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren. Bei automatisiert geführten Aufzeichnungen bin ich/sind wir verpflichtet, auf meine/unsere Kosten die erforderlichen Ausdrucke zu erstellen, soweit die zuständigen Stellen dies verlangen. Mir ist bekannt, dass Verstöße gegen diese Duldungs- und Mitwirkungspflichten als Verweigerung der Kontrolle gewertet werden können, was zur Nichtgewährung der Förderung führt,
- die Ansprüche aus dieser Antragstellung erlöschen, wenn ich/wir einem nach den rechtlichen Vorgaben berechtigten Prüforgane die Prüfung verweigere/verweigern.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- eine Umwandlung bzw. Gründung meines/unseres Betriebes nicht der missbräuchlichen Umgehung der Bestimmungen über Begrenzungen von Beihilfezahlungen im Sinne des Subventionsgesetzes dient,
- über meinen/unseren Betrieb zum Zeitpunkt der Antragstellung weder ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde (§ 80 der Insolvenzordnung) noch vom Insolvenzgericht Sicherungsmaßnahmen nach den §§ 21 ff. der Insolvenzordnung angeordnet wurden. Mir/Uns ist bekannt, dass andernfalls meine/unsere Unterschrift unwirksam ist und nur der Insolvenzverwalter unterschriftsbefugt ist,
- mein/unser Betrieb sich weder nach § 41 Satz 1 noch nach § 69 Abs. 3 Satz 1 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juli 1991 (BGBl. I S. 1418) in Auflösung befindet.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- im Falle der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens umgehend die zuständige Bewilligungsbehörde über diesen Sachstand zu informieren ist.
- Für Vorhaben nach Nummer 2.1 bis Nummer 2.4
Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe der im Projektauswahlverfahren zur Förderung ausgewählten Projekte auf der [Internetseite des LELF, Förderung-ILE](#) ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
- Für Vorhaben nach Nummer 2.5
Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht vor dieser formgebundenen Antragstellung begonnen wurde; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
- Ich/Wir habe(n) die geltende Förderrichtlinie mit den entsprechenden Bedingungen zur Durchführung des geförderten Vorhabens und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen und erkenne/n diese an.
- Ich/Wir habe(n) von den Voraussetzungen für die Gewährung der betreffenden Beihilfen und Zuwendungen Kenntnis genommen. Mir/Uns ist bekannt, dass die Rechtsgrundlagen und Merkblätter bei der zuständigen Behörde eingesehen werden können.
- Ich bin/Wir sind in der Lage, mögliche Folgekosten auch ohne weitere Förderung selbst zu tragen.
- Ich versichere, dass in den letzten 5 Jahren gegen mich (Antragsteller bzw. Vertretungsberechtigter nach Satzung oder Gesetz) keine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde oder ich (Antragsteller bzw. nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter) nicht nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde.

8.2 Rechte Dritter an Fördervorhaben aus diesem Antrag (Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen)

Alle Förderungen aufgrund dieses Antrages sind Zuwendungen nach § 44 LHO, welche nach den ANBest des Landes Brandenburg in Verbindung mit § 400 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) weder abgetreten noch verpfändet werden dürfen. Abtretungen oder Verpfändungen von Ansprüchen aus diesen Vorhaben dürfen daher von den Bewilligungsbehörden nicht beachtet werden.

8.3 Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung und Mitfinanzierung

Ich bin/Wir sind im Rahmen dieses Vorhabens zum Vorsteuerabzug

nicht berechtigt (Nachweispflicht durch den Antragsteller – siehe beizufügende Anlagen),

berechtigt und habe/haben dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt (Preise ohne Umsatzsteuer).

Ich/Wir habe(n) für den gleichen Zweck (für dieses Vorhaben/Objekt) keine weiteren öffentlichen Fördermittel erhalten bzw. beantragt

ja

nein

Wenn doch, sind nachfolgende Angaben zu machen (auch im Finanzierungsplan):

Fördermittel in Höhe von:

Datum der Bewilligung/Förderung (Bescheid):

Fördermittelgeber:

9. Erklärung zur Datenverarbeitung sowie Hinweise und Erklärungen zu Rechts-, Kontroll- und Strafvorschriften

9.1 Informationen auf der Grundlage der Artikel 24 und 13 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO; ABI. Nr. L 119 Seite 1)

9.1.1 Informationen auf der Grundlage der Artikel 24 und 13 Absatz 1 DSGVOa)

- a) Verantwortlich im Sinne des Artikel 24 in Verbindung mit Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a) DSGVO ist das
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
des Landes Brandenburg (MLUK)
Referat -Haushalt
Beauftragter des Haushaltes
- b) Der oder die Datenschutzbeauftragte im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe b) DSGVO ist zu erreichen per E-Mail über poststelle@mluk.brandenburg.de oder per Telefon unter der Rufnummer **0331 866-0**.
- c) Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe c) DSGVO erfolgt zu dem Zwecke der Beantragung, Auszahlung, Verwaltung und Überwachung der Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) beziehungsweise auf der Grundlage anderer Rechtsvorschriften vor allem des Bundes, die Sie der nachfolgenden Nummer 9.1.3 entnehmen können. Diese Auflistung bezieht sich auf die zum Redaktionsschluss des Förderantrages geltenden Rechtsgrundlagen sowie deren später jeweils gültigen Fassungen.
- d) Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) und e) und Absatz 3 DS-GVO in Verbindung mit dem Bundesrecht zur Finanzierung aus der GAK und Landesrecht rechtmäßig, da die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der dem verantwortlichen MLUK unterliegt, und zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt, erforderlich ist.
- e) Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist ferner nach § 5 Absatz 1 BbgDSG zulässig, da sie zur Erfüllung der in der Zuständigkeit des verantwortlichen MLUK liegender Aufgabe erforderlich ist.
- f) Eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten findet darüber hinaus auch auf der Grundlage anderer Rechtsvorschriften vor allem solcher des Bundes statt, die Sie im Einzelnen der nachfolgenden Nummer 9.1.3 entnehmen können. Diese Auflistung bezieht sich auf die zum Redaktionsschluss des Förderantrages geltenden Rechtsgrundlagen sowie deren später jeweils gültigen Fassungen.
- g) Die Empfangenden oder die Kategorien von Empfangenden Ihrer personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe e) DSGVO ergeben sich ebenfalls aus der nachfolgenden Nummer 9.1.3.

9.1.2 Informationen auf der Grundlage des Artikels 13 Absatz 2 DSGVO

- a) Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe a) DSGVO: Die Dauer, für die Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden, ergibt sich aus den Zweckbindungsfristen.
- b) Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe b) DSGVO: Sie werden darüber informiert, dass Ihnen aus der DSGVO die folgenden Rechte zustehen:
- das Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die betreffenden personenbezogenen Daten,
 - das Recht auf Berichtigung,
 - das Recht auf Löschung,
 - das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung oder
 - das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Artikel 21 DSGVO, soweit die Verarbeitung auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) DSGVO beruht, sowie
 - das Recht auf Datenübertragbarkeit.
- c) Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe d) DSGVO: Es steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde zu.
- d) Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe e) DSGVO: Die Bereitstellung und Verarbeitung personenbezogener Daten ist unionsrechtlich und in der Folge daraus bundes- und landesrechtlich vorgeschrieben, weshalb Sie zur Bereitstellung der im Antrag erfragten Daten verpflichtet sind, da ihr Antrag ohne diese Daten nicht bearbeitet und die Beihilfen beziehungsweise Fördermittel nicht ausbezahlt werden können.

9.1.3 Weitere Erläuterungen zur Datenverarbeitung

Ihre Anträge können nur automatisiert bearbeitet werden. Mit der Einreichung der Antragsunterlagen und der jeweiligen antragsbezogenen Erklärungen geben Sie auch die nachfolgend aufgeführten Datenverarbeitungen durch die Beteiligten Behörden und Einrichtungen, die im System der Verwaltung zwingend angelegt sind.

Sollten einzelne Fragen ausschließlich für Beihilfen oder Förderungen von Bedeutung sein, die Sie nicht beantragen wollen, so brauchen sie die dafür vorgesehenen Angaben nicht machen.

Ihre Antragstellung schließt die Nachprüfung Ihrer Angaben durch die zuständigen Stellen im Rahmen von Verwaltungs-, Vorort- und Ex-post-Kontrollen gemäß den hierfür einschlägigen Rechtsvorschriften ein.

Dazu werden die von Ihnen mit diesem Antrag vorgelegten Daten und weiteren Nachweise sowie gegebenenfalls Ihre Anträge aus den Vorjahren verarbeitet und zur Vermeidung unberechtigter Zahlungen im Rahmen des Verwaltungs- und Kontrollsystems Abgleiche durchgeführt. Dies betrifft Ihre Stammdaten, allgemeinen und kontrollbezogenen Angaben sowie gegebenenfalls zahlungsanspruchsbezogene Angaben.

Die unter Stammdaten eingetragenen Informationen zur PLZ und Ort werden bei der Datenerfassung mit dem hinterlegten offiziellen Verzeichnis der Deutschen Post abgeglichen und bei Bedarf angepasst.

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Zweckerfüllung im Sinne der 9.1.1 Buchstabe c) und d) folgendermaßen verarbeitet:

- a) Ihre personenbezogenen Daten aus diesem Antrag werden von der zuständigen Bewilligungsbehörde, dem Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) in Frankfurt (Oder) für die automatisierte Zahlbarmachung und Verbuchung sowie die Zwecke der Rechtsvorschriften verarbeitet, die zu diesem Förderantrag einschlägig sind. Zur Auszahlung übermittelt das LELF Ihre Angaben personenbezogen in dem dazu erforderlichen Umfang an die zuständige Kasse (Landeshauptkasse). Zum Zwecke der Finanzmittelbereitstellung durch den Bund übermittelt das LELF Ihre Angaben in dem dazu jeweils erforderlichen Umfang an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Im Rahmen des Rechnungsabschlussverfahrens gemäß den entsprechenden bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen darf das MLUK bei den aus dem oben genannten Förderprogramm finanzierten Vorhaben im Rahmen der Ihnen aus den vorgenannten Rechtsbestimmungen zugewiesenen Aufgaben mittels eines automatisierten Abfrageverfahrens einsehen.
- b) Gemäß der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten können ihre personenbezogenen Daten in dem erforderlichen rechtlichen Umfang durch die Bewilligungsbehörden beziehungsweise das LELF an die Finanzbehörden weitergegeben werden.
- c) Ihre personenbezogenen allgemeinen Angaben (Stammdaten, Betriebsprofile) können landeseinheitlich für alle weiteren von Ihnen gestellten Anträge aus dem Geschäftsbereich des MLUK genutzt werden. Dies schließt eine Verwendung dieser Daten für Anträge im Rahmen der Antragstellung nach den Verordnungen (EU) Nr. 1305/2013 und 1308/2013 beziehungsweise Verordnungen (EU) 2021/2115, 2021/2116 und 2021/1139 ein.

Mit der elektronischen Verarbeitung sowie auf der Basis der oben genannten Rechtsgrundlagen für die elektronische Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß den Bestimmungen der EU-DSGVO ist mit umfasst, dass sich die zuständigen Behörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des **Artikel 28 DSGVO** im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten auch anderer öffentlicher oder privater Stellen als Auftraggeber bedienen dürfen.

Hiermit werden Sie darüber informiert, dass Ihre Betriebsdaten durch die Daten verarbeitenden Stellen unverzüglich zu löschen sind, sobald die genannten Daten zur Erfüllung des Zwecks, zu dem sie verarbeitet worden sind, nicht mehr erforderlich sind. An die Stelle einer Löschung tritt eine Sperrung, soweit einer Löschung der Daten gesetzliche Aufbewahrungsfristen/festgelegte Zweckbindungsfristen entgegenstehen.

10. Unterschrift

Mit der Antragseinreichung und Ihrer Unterschrift erklären Sie, dass Sie die vorstehenden Hinweise zur Datenverarbeitung laut Nummer 9 dieses Antrags im Rahmen der Förderung zur Kenntnis genommen haben. Sie sind darauf hingewiesen worden, dass

- eine Auskunftspflicht nicht besteht, Ihre Angaben jedoch Voraussetzung für die Gewährung der von Ihnen beantragten Beihilfen und Förderprogrammen sind,
- Sie berechtigt sind, jederzeit mit Wirkung für die Zukunft der weiteren Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, dann jedoch die beantragte Förderung nicht erfolgen kann,
- die Angabe der Telefon- sowie ggf. der Faxnummer und E-Mail-Adresse freigestellt ist und lediglich der zuständigen Landesstelle zur Vereinfachung etwaiger Rückfragen dient.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass das Land Brandenburg bei positiv erfolgter Bewilligung oder Durchführung/abschluss des Vorhabens über mein/unser Vorhaben bei Bedarf im Rahmen von Veröffentlichungen oder Presseerklärungen die Öffentlichkeit informiert.

Ich/Wir bestätige(n), dass die von mir/uns in diesem Antrag und Anlagen gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Vor- und Nachname

Unterschrift (Zeichnungsbefugnis muss vorliegen)